

Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Hauptstraße Nr. 5, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Hauptstraße 140, sowie durch alle Auspostämter zu beziehen. Postpreis freibleibend. Bezugspreis im voraus zu zahlen. In Waplermarkt nach dem Kurs am Zahlungstage.

Organ für die werttätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: Dresden 2

Verlags- und Geschäftsstelle: Ring 1206, Reibstock Ring 3141.
Postfach-Konten: Postfach-Ring Dresden Nr. 5532.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 20 Pf., auswärts 25 Pf., Stellenangebote 4 Pf., Familienangelegenheiten, Stellengesuche, Verträge, Vermählungen und Wohnungsangelegenheiten 3 Pf. Kleine Anzeigen aus Ost- u. Westpreußen 2 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Samstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 (sowie in sämtlichen Zweigstellen) abgegeben werden.

Generalmarsch gegen die Not!

Für das Volk!

Der gegenwärtige Reichstag sollte schon in den vorangegangenen Monaten wiederholt sterben, ohne daß der Tod bisher eingetreten wäre. Es scheint, daß auch die neueste Ankündigung seines Begräbnisses wiederum verfrüht ist und seine Lebensdauer noch auf eine längere Zeit ausgedehnt wird. Damit wollen wir nicht sagen, daß die Möglichkeit eines drohenden Konfliktes zwischen Reichstag und Regierung bisher vollkommen ausgeschlossen ist. Immerhin aber ist der übereilte Beschlußfassung des Kabinetts schon am Mittwoch eine nüchterne Überlegung auch in Regierungskreisen gefolgt. Allem Anschein nach steht jetzt auch das Kabinett ein, daß eine Expressepolitik gegenüber dem Reichstag unserem Volke ebensowenig nützt wie eine Expressepolitik des Reichstags gegenüber der Regierung. Tatsächlich ist ja auch die Auffassung der Regierung Marx keineswegs stichhaltig, denn außer den Kommunisten, den Deutschnationalen und Deutschpolnischen dürfte niemand daran denken, die inzwischen begonnene Stabilisierung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse auch nur im geringsten durch irgendwelche politischen Auseinandersetzungen zu gefährden. Besonders beabsichtigt die Sozialdemokratie nicht, die Aufhebung von Verordnungen zu beantragen, deren Erledigung geradezu mit der begonnenen Konsolidierung unseres Wirtschaftslebens steht und fällt. Aber es hebe einen großen Grab von Selbstverleugnung an den Tag legen, wenn diejenigen Parteien, die gerade aus Interesse an der Stabilisierung in einzelnen Paragraphen der Verordnung eine Gefahr erblicken, jetzt nicht auch den Mut fänden, das offen zu sagen und entsprechende Anträge zu stellen. Jedenfalls bekanntlich die Sozialdemokratie für die Zustimmung einer derartigen Taktik. Sie hat getreu ihrer Auffassung deshalb die notwendigen Anträge im Reichstag bereits eingebracht. Schließt sich das Parlament ihrer Auffassung nicht an, dann können wir das parlamentarisch nicht ändern und werden uns als demokratische Partei damit vorläufig abfinden müssen. Immerhin aber haben wir dann wenigstens unsere Pflicht auch im Parlament nach bestem Wissen und Gewissen getan.

Also nicht das Gefühl, sinnlose Konflikte herbeizuführen, veranlaßt die sozialdemokratische Fraktion, ihre Anträge einzubringen, sondern lediglich die gleiche Absicht, von der die Regierung ausgeht. Wir wollen, daß die Stabilisierung nicht nur noch auf kurze Zeit anhält, sondern fort dauert, bis anstelle der Rentenmark die Goldmark und damit hoffentlich die endgültige Stabilisierung kommt und deshalb betrachten wir es als unsere Pflicht, jene Mängel in den von der Regierung erlassenen Verordnungen zu beheben, in denen wir eine Gefahr für die eingeleitete Konsolidierung erblicken. Unseres Erachtens ist die Regierung nicht so unfehlbar, wenn sie sich auch den Anschein gibt, und besitzt über die Klugheit, Geschicklichkeit und die sonstigen Eigenschaften, die man von einer Regierung im allgemeinen voraussetzen sollte, kein Monopol. Wir halten sie für ebenso fehlerhaft wie alle anderen menschlichen Geschöpfe dieser Erde. Daß sie Fehler gemacht hat und nicht rechts den Interessen der Bevölkerung Rechnung trug, ergibt sich aus dem Sturm, der sich gegen ihre Verordnungen richtet und der zweifellos berechtigt ist, selbst wenn man alle Momente prinzipiell kapitalistischer und persönlicher Natur dabei ausschaltet. Diese Mängel so gut als möglich zu beseitigen, ist Pflicht des Reichstages — auch gegen die jetzige Regierung. Dabei gestehen wir ganz offen, daß wir im Augenblick gar kein Interesse an dem Sturz des Kabinetts Marx haben. Nicht nur, weil wir zurzeit keine Möglichkeit sehen, an ihre Stelle bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstags etwas anderes zu setzen, sondern auch aus Gründen der notwendigsten Weisheit. Aber trotzdem hat sich die Sozialdemokratie keinen Augenblick abhalten lassen, die von ihr für notwendig erachtete Aktion zugunsten der arbeitenden Massen einzuleiten!

Regierung wegen der ungeheuerlichen sozial-reaktionären Vorläge der Kapitalisten gegen Arbeitszeit, Arbeitsrecht und Arbeitslohn im Zusammenhange mit der Arbeitslosenfrage interpellierten. Während sich die kommunistische Fraktion die Arbeit kindlich leicht macht, indem sie den unsinnigen Antrag stellt, einfach alle Verordnungen aufzuheben, was z. B. auch die Beseitigung der Rentenmark und damit neue Inflation bedeuten würde, hat unsere Fraktion ihre Anträge sachlich ausgearbeitet. Die Zahl dieser Anträge ist so groß, daß wir nachstehend nur die wichtigsten aus dem weiten und schwierigen Stoffgebiet herausheben können. Die sozialdemokratische Aktion zugunsten des schaffenden Volkes wird eingeleitet durch folgende große Interpellation:

Seit drei Monaten herrscht eine Massenarbeitslosigkeit, die für Millionen von Volksgenossen — Arbeiter, Angestellte, Beamte und Angehörige der freien und sonstigen Berufe — furchtbare Not und bitteres Elend bedeutet. Obwohl die Bedürfnisse einer wachsenden Arbeitslosigkeit von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften rechtzeitig ausgesprochen worden sind, hat die Reichsregierung keinerlei ausreichende Vorbeugungsmaßnahmen getroffen.

Die derzeitige Produktionslage ist vor allem eine Abfallteile. Die Ausfuhr deutscher Waren ist durch eine unumkehrbare Monopol- und Kartellwirtschaft gehindert. Sie schließt die technisch rückständigen Betriebe und verhindert die zur Steigerung der Exportfähigkeit nötige kaufmännisch-technische rationelle Betriebsweise und Konkurrenzfähigkeit. Im Inland werden die Abfallmöglichkeiten durch unehrerliche Lohnraub, das Anbieten der Arbeitslosigkeit und das dadurch bedingte Schwinden der Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten aufs schwerste beeinträchtigt. Die Regierung verhält sich gegenüber diesem Sinken der inneren Konsumkraft nicht nur völlig passiv; sie trägt ihrerseits noch dazu bei, die Wirtschaft immer weiter herabzudrücken. Vom Finanzminister ist die Absicht bekannt geworden, durch Erhöhung der Schlichtungsausschüsse die Löhne der Privatindustrie ohne Rücksicht auf deren Leistungsfähigkeit ebenso gewaltsam zu senken, wie die Löhne und Gehälter in den Staatsbetrieben.

Die erschreckende Verschärfung der deutschen Wirtschaftslage ist hervorgerufen durch den sozial-reaktionären Vorstoß der deutschen Industrie, insbesondere der Schwerindustrie im besetzten Gebiet, in seinen Wirkungen einer allgemeinen Produktionsabnahme gleichkommt. Unmittelbar nach Beendigung des passiven Widerstandes, in dessen Verlauf die Arbeiter, Angestellten und Beamten des besetzten Gebietes unermessliche Opfer gebracht haben, hat die rheinische Schwerindustrie einen wohlüberlegten Überfall auf die gesamte Arbeitnehmererschaft unternommen. Statt der von ihr immer gepriesenen Volksgemeinschaft hat sie eine Arbeitsgemeinschaft mit dem französischen Militarismus zu schließen versucht, um mit Hilfe der französischen Besatzung den Arbeitsuntergang und das Betriebsrätegele der deutschen Arbeiter zu Fall zu bringen. Nur an der Ablehnung durch den General Degoutte ist diese Verschwörung gescheitert. Dann haben dieselben Unternehmer ihre Ziel durch Massenkündigungen und Stilllegung ihrer Betriebe erzwungen. Das organisierte Unternehmertum hat auf diese Weise seine unumschränkte Vorherrschaft wiederhergestellt, zugleich mit dem Verzicht auf die Reparationsregelung auf die breiten arbeitenden Massen abzuwählen.

Im schärfsten Klassenkampf des Unternehmertums werden Löhne und Gehälter immer weiter abgehaut, die Arbeitszeit wird untragbar verlängert. Alle wirtschaftlichen und sozialen Bindungen werden niedergebissen; um den uneingeschränkten Betriebesabsolutismus wiederherzustellen.

Weiterhin hat die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, als die Spitzenvertretung des organisierten Unternehmertums, in Rundschreiben an ihre Unterverbände ein systematisches Vorgehen für die Beseitigung der Tarifverträge und des staatlichen Schlichtungswesens eingeplant. Die Aufhebung gegen die Staatsgewalt und die bewusste Verletzung der Gesetze sind auf jener Seite bereits so weit gediehen, daß die Unternehmer von ihren Organisationen angewiesen werden, die staatlichen Schlichtungsausschüsse nicht mehr zu beschicken. Beileger nicht mehr zu stellen, und sowohl bei freien als auch bei verbindlich erklärten Tarifverträgen, die ihnen nicht genehm sind, die Waffe der Betriebskündigung in Anwendung zu bringen.

Dieselben Kreise, die seit Monaten unter dem Rufe nach Steigerung der Produktion die Aufhebung des Arbeitsvertrages bewerkstelligen, tragen zurzeit die härteste Schuld am Produktionsrückgang und der Schädigung der deutschen Wirtschaft. Die Not des Volkes und die Not des deutschen Volkes werden ausgenutzt, um den längst gewünschten Abwurf des Schutzes der Arbeitskraft leichtfertig durchzuführen. Eine Geburten der deutschen Volkswirtschaft aber ist unvereinbar mit der Auslieferung der schaffenden Kräfte an private Ausbeutung. Voraussetzungen für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft ist die mehr denn je der Lohn der Arbeit als des wertvollsten Gutes der Nation.

Anschluß dieses notwendigsten Tätigkeits der sozialen Reaktion fragen wir die Regierung:

1. Inwieweit ist die Regierung bereit, die Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen?
2. Inwieweit ist die Regierung bereit, die Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um die Arbeitslosen zu unterstützen?
3. Inwieweit ist die Regierung bereit, die Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um die Arbeitslosen zu beschäftigen?

3. gegen den von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände organisierten Widerstand und die von dort betriebene offene Geheissabgabe zum Zweck der Beseitigung der Tarifverträge und der staatlichen Schlichtungsausschüsse, die Abwehrmaßnahmen zu treffen, den Arbeitern und Angestellten einen ausreichenden Lohn zu gewähren;

4. die Schlichtungsausschüsse anzuerkennen, die Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden nur bei zwingendem Nachweis volkswirtschaftlicher Notwendigkeit und nur von Fall zu Fall verbindlich zu erklären;

5. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um zu verhindern, daß durch einen anhaltenden Lohnabbau und eine übermäßig verlängerte Arbeitszeit, die beide produktionshemmend wirken, erneut die außenpolitisch gefährliche Auflassung entsteht, als wäre in nächster Zeit eine Schmutzkonkurrenz von Deutschland auf dem Weltmarkt zu erwarten?

Sozialdemokratische Anträge:

Sozialpolitik.

Von den Verordnungen sozialpolitischer Inhalts haben mehrere eine große Bedeutung für die Arbeiter. Insbesondere gilt dies für die Verordnung über die Arbeitszeit. Die Fraktion beschloß, eine ganze Reihe von Verbesserungsanträgen zu dieser Verordnung zu stellen, insbesondere zu verlangen, daß eine Überschreitung der achtstündigen Arbeitszeit nur auf Grund von Tarifverträgen zulässig sein soll. Zu der Verordnung über die Erwerbslosenunterstützung wurde beantragt, die Verpflichtung auf alle Angehörte auszuweiten, die dem Angehörtenversicherungsgesetz unterworfen sind. Nach der jetzt gültigen Verordnung haben nur diejenigen Angehörten zur Erwerbslosenunterstützung beizutragen, die ein Gehalt von monatlich 150 Mark und weniger beziehen. Alle besser Besoldeten sind von dem Beitrage zur Erwerbslosenunterstützung befreit. Das ist in keiner Weise berechtigt. Nach dem Antrage der Sozialdemokraten soll in Zukunft wie jeder Arbeiter auch der besser Besoldete Angehörte den Erwerbslosenbeitrag entrichten und dafür berechtigt sein, im Falle der Erwerbslosigkeit eine angemessene Unterstützung zu beziehen. Bezüglich der Arbeitspflicht beantragten die Sozialdemokraten, daß die bis jetzt ergebenden Mängel bei der Durchführung der Arbeitspflicht beseitigt werden, daß nur angemessene Arbeit und nur in den Grenzen verlangt wird, die den Verhältnissen der Arbeitslosen entsprechen. Außerdem sollen die tarifmäßigen Löhne gezahlt werden. Für die Erwerbslosen, sowie für alle anderen unterstützungsbedürftigen Personen hat die Verordnung über die Fürsorgepflicht die Reichsstelle völlig entlastet und diese Aufgabe auf die Länder und Gemeinden abgewälzt, obgleich hier genügende Mittel nicht zur Verfügung stehen. Die sozialdemokratische Fraktion fordert daher die Beseitigung dieser Verordnung, so daß das Reich die notwendigen Zuschüsse zur sozialen Fürsorge zu leisten hat. Ebenfalls fordert sie die Aufhebung der Verordnung, die die Landstrafenanstalten berechtigt und unter Umständen zwingt, für bestimmte Straftäter Sonderstellen einzurichten und dadurch Betriebskrankenkassen für einzelne landwirtschaftliche Großbetriebe aufzuheben. Solche Betriebskrankenkassen waren bisher verboten, da sie in sich die Gefahr einer rechtslosen Bedrückung erkrankter landwirtschaftlicher Arbeiter schlossen. In manchen Bezirken haben Großgrundbesitzer die Beiträge für die Krankenkasse verweigert, um auf diese Weise das Recht zu erzwingen, eine Betriebskrankenkasse für ihren Betrieb einzurichten. Mit jener Verordnung ist die Reichsregierung dieser Verordnung in einem untragbaren Maße entgegengetreten. Deshalb muß diese Verordnung beseitigt werden. Die Bezüge der Kriegsverletzten sollen auf den Stand vom 1. April 1920 erhöht werden mit einem Zuschlag bei besonderer Bedürftigkeit. Für die Leistungen aus der Sozialversicherung und der Wohnheimzuschüsse sollen entsprechende Anträge im Laufe der Verhandlungen gestellt werden. Nach einer weiteren Verordnung haben erkrankte Kassenmitglieder 20 Prozent der Heilmittelkosten zu bezahlen. Der Vorstand der Krankenkasse sollte die Mitglieder von dieser Ausgabe in solchen Fällen befreien, in denen besondere Härten entstehen würden. In Wahrheit aber sind damit die Härten nicht beseitigt worden. Deshalb fordert die sozialdemokratische Fraktion die Änderung dieser Bestimmung dahin, daß die Mitglieder von der Bezahlung solcher Heilmittel befreit sein sollen, ohne die in dringenden und schwierigen Fällen, bei Unfällen, operativen Eingriffen, Entbindungen und epidemisch auftretenden Krankheiten, sowie bei Verbindungen die notwendige ärztliche Hilfe nicht geleistet werden kann.

Beamtenfragen.

Die Beratung der Beamten-, Angestellten- und Arbeiterfragen führte die Fraktion zu der Überzeugung, daß sofort in drei Punkten Abhilfe geschaffen werden muß.

Erstmal bezüglich der Besoldung, von der ja der Finanzminister Dr. Lohse selbst zugegeben hat, daß sie einen Hungerlohn darstelle und nur vorübergehend im bisherigen Maße beibehalten werden soll. Die Fraktion war sich aber auch darüber klar, daß die Forderung einer Gehaltserhöhung der Beamten als einseitig verstanden werden würde, für die Befriedigung der notwendigen Mittel sorgen zu lassen. Von dieser Auffassung ausgehend hat sie folgenden Antrag eingebracht:

Die Reichsregierung zu ersuchen, die Besoldung der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichsregierung und der Reichsanstalten auf den Stand vom 1. April 1920 zu erhöhen, und zwar mit einem Zuschlag bei besonderer Bedürftigkeit. Die Fraktion war sich aber auch darüber klar, daß die Forderung einer Gehaltserhöhung der Beamten als einseitig verstanden werden würde, für die Befriedigung der notwendigen Mittel sorgen zu lassen. Von dieser Auffassung ausgehend hat sie folgenden Antrag eingebracht:

(Continued)

Familien-Anzeigen

Deutscher Eisenbahner-Verband.
Am 19. Februar verstarb unser Verbandskollege,
der Motorwärter vom Bz. Hptbst. 1913
Hermann Urban
im Alter von 56 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Sonnabend, den 23. Februar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gräb-
schener Friedhofes.

Ersiklassige Herrenanzüge
Schuhe, Wäsche, Blusen u. Kostüme etc.
neu und gebraucht, sind
noch sehr billig zu haben in der
Altbekleidungsstelle, Radlorgasse 20
1. Stock.

Geeben eingetroffen!

Original 1940
Güdam. Kentudn
große, weiche, schöne Ware,
hocharomatisch
1/2 Pfund 90 Pf.
Wilhelm Simm
13 Gräbfigener Straße 13

Proletarier! Beseitigt die Hindernisse des
Sprachschranken! Lerne die
Weltsprache Esperanto,
die von Arbeitern aller Nationen
gesprochen und verwendet wird.

Wir drucken

Plakate
Einladungs-
karten, Formulare
Broschüren, Zeitschriften
Zeitungs-Beilagen, Kataloge
Preislisten, Briefbogen u.
Kuperts, Zirkulare
Postkarten
usw.

Volkswacht-Buchdruckerei
Breslau II, Flurstraße 4-6
Peraruf Ring 1206

Strickjaden
Breslau, Flurstraße 21.
Parteilose
kauft an Bahnhöfen,
verkauft in Hotels,
Restaurants, Cafés
etc. etc.
Volkswacht
Breslau, Flurstraße 21.
Gojtalistische
Monatshefte
Breslau, Flurstraße 21.

Stadttheater.
Dienstag, den 21. Febr.
Die letzte Nacht.
Vorher: Schwanen-Geheimnis.
Freitag, den 24. Febr.
Der Rheingold.
Sonnabend, den 25. Febr.
Die Walküre.

Subtheater.
Freitag, den 24. Febr.
Tel.: 8. 6774 und 8. 6700.
Dienstag, den 21. Febr.
Die Freier.

Thalia-Theater
1791 Ring 6700
Heute 8 Uhr
zum letzten Male:
Lumpaci vagabundus.
Ab morgen der große
Schwanen-Geheimnis.
Der Sprung in die Ebe
mit Ludwig Stöckel.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. Tel. Ring 2545
Heute und täglich 7 1/2 Uhr:
Wädi.
Sonntag, den 25. Febr. 11 1/2 Uhr:
Hermann Stehr-Feller.
Sonntag, den 26. Febr. 3 1/2 Uhr:
Ein Wolgertraum.

Viktoria-
Theater, N. Taschenstr. 31/33
Täglich 8 Uhr:
Blatzheim
Schwan-Operette
„Knorke“
aus
Amerika
Sonntag 4 Uhr:
Halbe Preise
„NEROS“
Heiratsbüro
Blatzheim

Bei jeder Wäsche

ist das vorbestimmte Einweichen von
größtem Wert. Gutes Einweichen
in kaltes Wasser! Es wirkt
schonend und erspart den Verbrauch
des Waschmittels.

Henfo

Henfo's Wasch- und Bleich-Soda
ist das seit Jahrzehnten bewährte
unverfälschte Einweichmittel. In
einem wirtschaftlichen Waschen ist
es bei jedem Waschverfahren

unerlässlich!

Mittelstandsnot
Mittelstandshilfe!
Dienstag, den 26. Februar 1924, von 6 Uhr ab,
in den Räumen des „Friedeburg“:
Wohltätigkeitsfest.
7 1/2 Uhr: Ansprache des Herrn Geheimrat Prof. Dr. Kühnemann.
8 Uhr: Konzert. — Mitwirkende: Konrad Kaus, Dr. Lauerstein,
Kommersänger Lüttgen, Margarete Löwe, Bronislaw von Ponslak,
Kabarett — Tombola. Radiokonzert mit London-Berlin.
Tanz.

Kaufhaus am Dom
zur Fasching!
Verlosungs-Gegenstände
Artikel aller Art.
Kaufhaus am Dom
Adalbertstraße 20.
Vereine erhalten Rabatt!
K. a. D.

Luna-Park
Beste Unterhaltung:
Vorführer Ball
Autobus-Verkehr
ab Hauptbahnhof.
Säle für Festlichkeiten
noch zu vergeben.

Stenographie
System Arcadia.
Lehrbuch: Montag, 4. 24.
Abend, 1. 24. Februar,
abends 7 Uhr, 1923
Wingergymnasium,
1. Stock, Zimmer 1.

Geld
Kauf- und
Verkauf
Geldstr. 12, 1.
Tel. 12017, 12018.
9-12, 3-4 Uhr.

Bitte
bei allen
Kauf- und
Verkauf
Geldstr. 12, 1.
Tel. 12017, 12018.
9-12, 3-4 Uhr.

Wussten Sie?
„Volkswacht“
Eine halbmönatsschrift
mit farbigem Umschlag,
vielen Bildern im Text.
Unterhaltung, Kunst,
und vieles mehr.
Im „Volkswacht“
für 30 Pfennig das Heft
besorgt die
„Volkswacht“.

Hersteller: Urban & Lamm, Charlottenburg.
Vertreter: C. Lutz, Breslau.

Spottbillig!
Schmalz rein 72 Pf.
Palmin 64 Pf.
Büchsenmilch
o. Zucker 40 Pf., m. Zucker 65 Pf.
Auszugmehl
1 Pfd. 17 Pf., 10 Pfd. 1.60 Mk.
Jg. Schnittbohnen
2 Pfd.-D. 1.00, 4 Pfd.-D. 1.95 Mk.
Maximilian Kuge,
nur-Ottostraße 31, Ecke Jägerstr.

„Lachen links!“
Das Witzblatt der Republik
Heft 25 Pfennige.
Zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht
und die Zeitungsträgerinnen.

Die Zeitbücher
sind eine Sammlung Novellen,
Stimmen, Essays und Lebensbilder
aus der Feder moderner Autoren,
wie: Emil Goltz, W. v. Scholz, Carl
Bulle, Ernst Jahn, A. Schuber,
Anton Jendrich, Anton Wildgans,
Hermann Hesse, Kurt Morel, Paul
Enderling u. a. m.
Jedes Bändchen, schön gebunden, nur 25 Goldpf.
Auswärts per Nachnahme.
In reicher Auswahl vorrätig in der
Volkswacht-Buchhandlung
Neue Grapenstraße Nr. 5.

Sozialdemokratie und Landwirtschaft
von Georg Schmidt
Bestellungen werden von der Expedition dieses
Blattes sowie von sämtlichen Kolporteurs
entgegengenommen.

Arbeitsmarkt
Fräulein
tüchtig, Köchin-Zahter,
auch Damenkleiderm.
welche sich einrichten, m. f.
Stephan,
Sonnenstraße 24, 3. Etg.
Wicht. Sonnenbühnen
auf Knabenhöfen, Größe
7 bis 12, bald gesucht
Bauhinienstraße Nr. 20, 1.

Bildhauer
für figurliche und ornament. Arbeiten
per sofort gesucht
Möbelwerkstätten G. m. b. H.
Posener Straße 40.

Eine Zeitungsträgerin
für die Tour
Sadowa, Moritz- und Schillerstraße
per sofort gesucht.
Verlag der „Volkswacht“, Flurstr. 4/6

Breslau, 21. Februar.

Alle Partei-Funktionäre

Funktionär-Versammlungen

Parieimittelsbuch ist liberal an der Kontrolle vorzuzeigen.
Strehleiner Tor hat die Versammlung schon heute abend
7 1/2 Uhr bei Lerche, Hudenstraße 95.

Montag, den 25. Februar, abends 7½ Uhr, finden
in allen Stadtteilen unsere

Eine öffentliche Elternversammlung
 findet morgen Freitag, den 22. Februar, abends pünktlich 7 Uhr, im Zentral-Ballsaal, Weltendstraße 50/52, statt. Lehrer
 Gessen spricht über: „Das Elternrecht auf die weltliche Schule.“
 Abteilungsleiter Dr. Das Material zur Delegiertenwahl
 ist bald im Parteisekretariat abzuholen.

Mädchen der Arbeiterjugend! Montag, den 25. Februar,
abends 7½ Uhr, findet im **Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses** ein
Mädchenabend statt. **Fraulein Käthe Buchrucker** wird uns
einen Vortrag über **„Das Geschlechtsleben der Frau“** halten.
Erscheint recht zahlreich. Die **Obiente** geben bitte das in
den **Heimen bekannt**.

Arbeiterjugend-Funktionäre. Soweit wir heute abend Zeit haben, besuchen wir die Versammlung des Landesausschusses Schlesischer Jugendverbände, abends 6½ Uhr im Stadt. Jugendheim, Theatersaal.

Durch die Magistratsverordnung vom 26. Januar sind die Betriebskosten innerhalb der Wohnungsmiete für Februar auf 15 Prozent festgelegt worden. In diesen 15 Prozent sind die Kosten für Treppen- und Flurbeleuchtung mit enthalten. Es ist jedoch aber von den Breslauer Mietern, und besonders von deren Hausvertretern nicht genügend beachtet worden, bei denen die Häuser aus Sparamkeitsrücksichten bisher nicht beleuchtet worden sind, weil ja die Kosten für Beleuchtung umgelegt wurden, also gespart werden konnten. Vom 1. Februar ab sind die Beleuchtungskosten statt in den 15 Prozent Betriebskosten enthalten, und wird nicht beleuchtet, so erhalten die Hausbesitzer ein Geschenk; darum ist es notwendig, daß die Hauswirte oder Verwalter ersucht werden, auf Grund der Polizeiverordnung vom 26. Januar 1923 die Häuser beleuchten zu lassen. Besonders die von Arbeitern, Angestellten und Beamten bewohnten Häuser sind nicht beleuchtet worden, und es liegt in deren Interesse, daß das Besondere bald nachgeholt wird. Wie schon gesagt, fließt bei nichtbeleuchteten der Häuser den Hauswirten ein Gewinn zu, der der Stadtgemeinde zufließen soll. Denn die Stadtgemeinde hat einen Nutzen von dem Mehrverbrauch von Gas, der mit zur Verbilligung beitragen kann.

Im Interesse der Allgemeinheit liegt es nun, daß unsere Treppen und Mure mehr Licht und länger Licht erhalten, so wie in Vorkriegszeiten, bis 10 Uhr abends. H. C.

Am 1. April ab werden an den hiesigen städtischen höheren und mittleren Schulen folgende Schulsolden im Monat erhoben: an den höheren Schulen: von Einheimischen für das erste Kind 10 Goldmark, für das zweite 9 Goldmark, für das dritte 8 Goldmark; das vierte und jedes weitere Kind frei. Auswärtige haben 12,50 Goldmark, Ausländer 50 Goldmark zu entrichten. An den Mittelschulen sind in derselben Reihenfolge zu entrichten: 5 Goldmark, 4,50 Goldmark, 2,50 Goldmark, 6,25 Goldmark und 25 Goldmark. Die Aufnahmeprüfungen für die Sexta bezw. für die 7. Klasse der städtischen höheren Lehranstalten finden am 7. April, vormittags 8 Uhr, in den Anstalten, für die die Schüler(innen) angemeldet sind, statt.

Liebe Eltern und Freunde unserer Bewegung! Es ist uns jetzt Gelegenheit geboten, für die innere Stadt im Städtischen Kindergarten eine Kinderlektüre einzurichten. Wie notwendig eine solche ist, wißt ihr alle. Dem engeren Kreis der Kinderleiter (so find arbeitslos) stehen wenig Mittel zur Verfügung. Sie müßten nur alle mitarbeiten. Jeder Einzelne lebe seinen Bücherbestand durch, ob er nicht etwas dieser Lektüre zur Verfügung stellen kann. Der Bekanntenkreis muß von uns erhalten und mitarbeiten. In allen Betrieben muß dieser Ruf ausklingen. Jede uns nahestehende Organisation muß für uns eintreten. Wer keine Bücher geben kann, gebe und komme einfallen, wird bald in allen Stadtteilen eine Kinderlektüre eröffnet werden können. Bücher- und Geldspenden nimmt jeder für sich entgegen. Außerdem werden Spenden entgegengenommen für:
 Vor-Ort: Löhner, Mollwitzerstraße 5; für Seefisch:
 Markt, Poststraße 18; für Oberort: Kinder, Humboldtstraße 14;
 für Rotorator: Gansel, Postenstraße 17; für Gräbigen: Braus,

Die deutschen Krankenkassen haben eine schwere Krise durch-

Die Not der Distriktskassen ist aber von den bürgerlichen Classen nach beiden Seiten ausgenutzt worden. Die wilde Agitation, die diese Classen entfaltet haben, und die durch die neue Gesetzgebung noch außerordentlich unterstützt worden ist, hat dazu geführt, daß ein großer Theil der gut entlohnten männlichen Versicherten aus den Allgemeinen Distriktskassen ausgetrieben ist, und daß diesen die schlechten Versicherungsrisiken überlassen blieben. Diese Zustände sind vom Gesetzgeber keinesfalls beabsichtigt gewesen, denn die Allgemeinen Distriktskassen sollten nach seiner Auffassung als Grundpfeiler der gesamten Krankenversicherung gelten. Aber nicht genug damit, daß zunächst die kaufmännischen Angestellten den bürgerlichen Classen in Scharen beitreten; in neuerer Zeit sind auch Bestrebungen im Gange, auch die Arbeiterschaft für ihre Zwecke zu gewinnen, und leider hat es den Anschein, als wenn auch Partei- und Gewerkschaftsmittglieder hier von in ausgiebigster Weise Gebrauch machen wollten. Wie soll aber die Allgemeine Distriktskassende ihre Aufgaben erfüllen, wenn ihr die besten Mitglieder entzogen

Friedrichstraße 29 und im Gewerkschaftshaus Zimmer 44 und 49a.
Noch eins! Die Kinderlesefestbe soll jeden Tag von 3—5 Uhr, außer
Mittwoch und Sonnabend, geöffnet sein. Unsere Freunde stehen
alle im Erwerbsleben und können deswegen die technische Leitung
nicht übernehmen. Da ergeht nun an alle Mütter die Bitte um
Mitarbeit. Jede Mutter muß an einem Nachmittage in der Woche
mitarbeiten. Alle, die mitarbeiten wollen, kommen am folgen-
genden Dienstag, abends pünktlich 6½ Uhr, in die Helfer-
besprechung, dort wird alles Nähere besprochen. Nun aus! Wer!!
Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeberkinderfreunde Breslau.

Die Schuldeputation hat beschlossen, in Zukunft den Wechsel von der Konfessionsschule zur Sammelshule oder umgekehrt aus schultechnischen und pädagogischen Gründen nur zum Schlusse eines Schuljahres zu gestatten.

Wir veranstalten am Freitag, den 22. Februar, abends 7½ Uhr, im Saale des Städtischen Jugendheims, an der Marktstapfen 2, die 1. Gründungsfeier unseres Heims. Wir wollen an diesem Abend ein paar frohe Stunden mit Euch verleben und Euch für diese kurze Zeit einmal alle Sorgen vergessen lassen. Unser Programm ist aus einigen Chorgesängen, Rezitationen, Vorträgen und einem Theaterstück zusammen- gestellt. Zu diesem Abend seid Ihr, liebe Eltern und Freunde, alle recht herzlich eingeladen. Der Eintrittspreis beträgt für Erwachsene 20 Pfennig, für Jugendliche unter 14 Jahren 20 Pfennig. Programme sind bei allen Mitgliedern und an der Kasse zu haben. Der Obmann des Heims 2.

Die in der Zeit der Brennstoffbewirtschaftung und Brennstoffknappheit Eierbriketts aus Koksgrus und Hartpech herstellende, hat ihren Zweck, Erprobrennstoffe aus den Markt zu bringen, erfüllt. Die Fabrikation von Koksbricketts hat heute keinen Zweck mehr,

1. Kleinigkeitsfrämer. Es gibt tolle Kleinigkeitsfrämer unter den Menschen. Und gerade die Zeitungsaussträgerin hat darunter zuweilen nicht wenig zu leiden. Eine Aussträgerin erzählte mir erst kürzlich ein Erlebnis, das man kaum für möglich halten sollte und das ich vielleicht gar nicht einmal geglaubt haben würde, wenn ich den Beweis nicht sozulegen schwarz auf weiß gesehen hätte. Die Aussträgerin hatte aus Unachtsamkeit einmal veräumt, eine ihre Zeitungsleserinnen zu grüßen. Die Frau, eine Arbeiterfrau, nahm das natürlich mit Entrüstung wahr, und — bestellte kurz entschlossen die Zeitung ab. Eine Person, die mich nicht grüßt, braucht mir auch keine Zeitung zu bringen, so meinte sie. Und also geschah es. Der überzeugte Zeitungsleser und Genosse läßt darüber, er meint und gesteht mit Recht, daß auch ein Aussträger nur ein Mensch ist, der unumgänglich seinen Abonnenten kennen laien, und der schließlich auch anderes zu tun hat, als aufzupassen, daß ein Bekannter kommt, den er doch grüßen muß. Aber es gibt leider viele, sehr viele dicker Kleinigkeitsfrämer. Jener enttrüfelt sich, daß die Zeitung einmal 5 Minuten später kommt, als sonst gewöhnlich; dieser, daß die Zeitung nur in den Briefkasten gesteckt, und dabei nicht geflingelt wird. Herr Müller ist böse darüber, daß Frau Schulte, die nebenaan wohnt, die Zeitung vor ihm erhält, und Frau Schulte meint wieder, daß es nicht notwendig ist, daß der Aussträger gerade immer zur Belpertzeit kört. Und da wird erst gedrammt, dann vielleicht auf die Aussträgerin oder den Aussträger geschimpft, der das alles natürlich aus Böswilligkeit macht, und der schändliche Unschuldige hat alles auszubaden.

2. Zeitung lesen ist höchstens ganz schön, aber Zeitung be-
nützen ist Lurus, so denkt gar mancher. Die Zeitung braucht ja
kein Geld, die kauft ja, wie wohlard Gott-Vater, aus einem
Nichts tagtäglich tausende von Exemplaren. Vor nichts gram dem
Ausräger! so, wie vor dem Koffer der Zeitungsges. Be-
weisp, ein großer Teil der Abonnenten zahlt pünktlich und reell.
Über andere wieder! Herr... Der Ausräger könnte manch-
mal eine Ausstellung der letzten Gelbheime vornehmen.
Insbes. d. Sorten manchen in die Hände des Resporteurs. Und
bege, wenn dieser das letzte Bedürfnis Kräftigen eins nach-
nehmen will. Mancher betrachtet eben den Ausräger als besten
Schattabbeplan.

Die Willigkeitschaft bei der Erstkasse bringt aber auch gewisse Schwierigkeiten mit sich, die sich insbesondere dann ergeben werden, wenn ein Verfahren anhängig gemacht werden soll. Hierfür zuständig ist gewöhnlich das Amtsgericht am Sitz der Erstkasse. Streitfälle, die bei der Ortskrankenkasse unentschieden von den Versicherungsbehörde entchieden werden, sind dort nicht recht erheblichen Kosten verbunden. Jedenfalls wird es den Erstkassenmitgliedern außerordentlich ershwert, ihre gelegentlichen Ansprüche geltend zu machen. Deshalb Arbeiter und Angestellte, übt Solidarität und seid vorsichtig. Ein Austausch der Leistungen ist nur dann möglich, wenn der Kasse neben den höchsten Rüsten auch die guten angehören. Die Leistungen der Erstkassen sind keineswegs bessere als die der Ortskrankenkassen. Allen die Familienhilfe, die ohne jeden Zusatzbeitrag gemacht wird, ist so wertvoll, daß alles aufgegeben werden muß, sie zu erhalten.

Einzelne größere Betriebe wollen dazu übergehen, Betriebskrankenkassen zu errichten. Dies ist jedoch nach den gesetzlichen Vorschriften nur dann möglich, wenn der Betriebsrat zustimmt. Auch hier wird genau geprüft werden müssen, ob es zweckmäßig ist, solche Versicherungen der Arbeitgeber zu unterstützen. Wir gehen an, daß einzelne solcher Krankenkassen, die infolge der Art des Betriebes wenig Kranke haben, ziemlich leistungsfähig sind. Bei anderen sind dagegen die Verhältnisse nicht günstiger, noch schlechter als bei den Ortskrankenkassen, und sie können die Beiträge nicht niedriger stellen, als es hier der Fall ist. Deshalb muß auch auf diesem Gebiete das Solidaritätsgefühl der Arbeiter schärfen erwachen, und es muß dafür Sorge getragen werden, daß uneigennützig Betriebsräte auf die Folgen ihrer überbescheidenen Beschüsse aufmerksam gemacht werden. Unabweisbare Pflicht aller Partei- und Gewerkschaftsmitglieder ist es deshalb, daran mitzuwirken und alles daran zu setzen, die Allgemeine Ortskrankenkasse nicht nur lebensfähig zu erhalten, sondern ihr auch die breite Basis im Leben des Volkes wieder zu erobern, auf die sie mit Recht Anspruch erheben kann.

da seit Anfang des Jahres die Bewirtschaffung sämtlicher Brenn-
stoffe aufgehoben ist. Aus diesem Grunde hat die kaiserliche Ver-
waltung sich entschlossen, die Herstellung von Steinkohlen-
eierbriketts zur Verwendung in Küchen- und Zimmer- in aufzu-
nehmen. Eingehende Versuche haben ergeben, daß die Briketts-
fabrik in der Lage ist, einen brauchbaren Brennstoff in hand-
licher Größe herauszubringen, der vollkommen gleichwertig mit
bester Ruhr- oder Birkholzer ist. Zur Verwendung gelangt nur
gute obersteßische Staubkohle und als Bindemittel Hartpech.
Die Briketts haben einen Heizwert von 6500—6800 Wärme-
einheiten, sind also guten obersteßischen Hausbrand-
kohlen durchaus ebenbürtig und ebenso leicht entzünd-
bar wie diese. Der Aschengehalt der Briketts ist normal. Be-
merkenswert ist, daß sie beim Abbrand auf dem Rost der Feuerung
keine festen, backenden Schlacken bilden, sondern wenig und leicht
zu entfernde Asche. Um Strömern vorzubeugen, sei erwähnt,
daß Steinkohleneierbriketts nicht etwa als Ersatz für Braunkohlen-
briketts dienen sollen, welche nur zum Heizen zweckmäßig ver-
wendet werden können. Der Preis der neuen Steinkohleneier-
briketts kann ständig so gestellt werden, daß der Verbraucher bei
Verwendung dieses Brennstoffes finanzielle Vorteile
gegenüber der Verfeuerung von Ruhr- oder Birkholzkohlen hat.
Zurzeit kostet ein Zentner ab Werk Dürzog frei Fuhr 1.25 Mk.
Die Fabrikation ist in vollem Umfange aufgenommen, jedoch die
Brikettsfabrik in Dürzog (Gernsperger Ring 7790—7792) Be-
stellungen entgegennehmen kann. Das Werk besorgt auch von
süßem Zentnern ab die Anfuhr und das Einklären zu den or-
dentlichen Preisen.

* Von der „Volksbühne“ Zeitschrift für soziale Kunstpflege
ist soeben das 1. Vierteljahrheft 1924 erschienen. Das Heft, das
eine Fülle von Aufsätzen über das Thema „Film und Kino“
über die Entwicklung der Filmindustrie, den irrenden Film, die
Filmzensur usw. enthält, ist zum Vorzugspreise von
80 Pfg. in der Geschäftsstelle der Breslauer Volksbühne,
Albrechtstraße 32, zu haben.

3. In einzelnen Stadtvierteln kann man es besonders jetzt während der Winterszeit beobachten, daß schon gegen 6 Uhr nachm. die Hauslützen geschlossen waren. Dem Austräger war es da natürlich unmöglich, alle Peler bis um 6 Uhr mit der Zeitung zu versorgen. Aber gar mancher sah das nicht ein. Statt dafür Sorge zu tragen, daß das Haus nur eine halbe Stunde länger geöffnet bleibt, wurde auf den Austräger geschimpft. Er allein war eben der Schuldige. Und wie sollte sich der arme Kerl verteidigen, wenn von allen Seiten die gleichen Vorwürfe hagelten? Für ihn gab es eben nur einen Grundhaz: Er me lebten ohne zu flauen.

Das Amt des Zeitungsträgers ist vornehmlich in der Winterzeit nicht leicht. Pflicht eines jeden Abonnenten der Arbeiterpresse mußte es darum sein, ihn sein Amt zu erleichtern und es ihm nicht durch unnütze Vorgehen und aus bloßer Bequemlichkeit zu erschweren. Grundsätzlich sollte es es aber, bei jeder sich bietenden Gelegenheit, auch, wenn vielleicht einmal der Leser im Recht ist, der Zeitung den Rücken zu kehren. In diesem Falle ist immer noch eine Beschwerde bei der Geschäftsstelle das zureichende Mittel. Die Arbeiterpresse aber muß unterstützt werden, wenn sie es eines der besten und erfolgreichsten Waffen des proletariats. Bringt sie zusammen, dann ist der kapitalistischen Welt für wieder Tür und Tor geöffnet. Dann erstrebt die Arbeiter-Schlag, den sie jahrzehntlang nicht ausmerzen kann, einen Schlag, den sie jahrzehntlang nicht ausmerzen kann. Darum ist und unterstützt die Arbeiterpresse.

Im betriebliden sozialistischen Parteibüro. „Le Peuple“ war nachschickende Briefnote zu lesen: Im Gliedernamenslist hat in einer Zeile ein Maurer und las den „Peuple“. „Was gegenüber lag ihm ein Geisteslicher. Sind Sie denn Sozialist?“ fragte er den Arbeiter. — Selbstverständlich antwortete dieser: „Ja, bin Arbeiter und insofern auch Sozialist.“ — „Nun, entzogene Wohnung soll der Herr Maurer, wissen Sie auch, was für ein Aufwand gewollt einem Tagelöhner und einem Sozialisten ist?“ — „Der Maurer 999 seinen Mannes Lohn, nicht der wegen den Geisteslichen, nach die Unterstützung sollten Sie und Ihre und letzte Vererbung.“ „Hilfsundsteuerg Sozialisten, mein Herr.“

